

Rolf Steininger, Deutschland und die USA. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Reinbek, München: Lau 2014, 912 S., EUR 89,00
[ISBN 978-3-95768-002-0]

Besprochen von **Bruno Thoß**: E-Mail: thoss-bruno@t-online.de

DOI 10.1515/mgzs-2016-0128

Eine Gesamtdarstellung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945 – das wird man dem Autor sofort konzедieren – ist überfällig, gerade wenn man deren gegenwärtige Krise angemessen einordnen will. Im Stil einer gut gegliederten Reportage wählt der Verfasser dafür den Weg einer stark aktengestützten

MGZ, © 2016 ZMSBw, Potsdam. Publiziert von De Gruyter

Übersicht, für den er eine intensive Auswertung zentraler US-Archive mitbringt. Gute Lesbarkeit, die durch Einschübe zu den wichtigsten Akteuren und ausgiebige Zitate aus Primärquellen erreicht wird, lässt äußerst authentische und zeitnahe Einblicke in die Ereignisse gewinnen. Diesen unbestreitbaren Vorteil bezahlt der Leser allerdings bei strittigen Themen mit mancher ungeklärten Frage. Noch so gut gewählte Zitate sprechen nämlich durchaus nicht in jedem Falle für sich selbst. Will man ihrer Zeitgebundenheit nicht allzu sehr verhaftet bleiben, dann ist die einordnende Analyse letztlich unverzichtbar. Damit wird man aber doch wieder auf den mühevolleren Weg in die Spezialliteratur verwiesen. Knappe Übersichten dazu jeweils in den Einleitungen zu den Hauptkapiteln hätten hier einige Abhilfe schaffen können. Auch die Dominanz außen- und sicherheitspolitischer Fragestellungen hätte den einen oder anderen Seitenblick auf die tiefgreifenden amerikanischen Einflüsse in die Bereiche Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur verdient. Die Vorteile des gewählten Vorgehens überwiegen indes bei Weitem solche Anmahnungen.

Sehr eingehend stellt das wichtige Einstiegskapitel den Ausbruch des Kalten Krieges und seine Rückwirkungen auf die Deutsche Frage im umkämpften Themenfeld von Wiederbewaffnung und Westintegration versus Wiedervereinigung dar. Die dramatische Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen schon unmittelbar nach Kriegsende, gipfelnd im Ausbruch des Kalten Krieges 1947, sollte beim heutigen Forschungsstand jedoch nicht mehr allein aus *einem* Blickwinkel vorgestellt werden. Die inzwischen möglichen, quellengestützten Einblicke in Einschätzungen und Aktionen auch der östlichen Gegenseite hätten zumindest in knappen Überblicken gute Chancen zu Vergleichen in Gegenspiegelungen erlaubt. Auch die inneramerikanischen Auffassungsunterschiede zwischen State Department und Pentagon erscheinen bei eingehenderer sicherheitspolitischer Analyse nicht so gravierend, wie dies die präsentierten Zitate suggerieren. Die ablehnende Haltung der Diplomaten noch 1949 gegen die Forderungen der Militärs nach einer schnellen Aufrüstung der Westdeutschen ging seit dem Ausbruch des Korea-Krieges doch dramatisch zurück. Von jetzt an zogen sich die Schnittlinien quer durch das State Department, traten Überlegungen zu substanziellen Ost-West-Verhandlungen doch auch hier deutlich hinter dem Vorrang gemeinsamer westlicher Sicherheit zurück. Die angenommene Dominanz der US-Militärs in sicherheitspolitischen Fragestellungen erscheint daher etwas überzeichnet. Selbst unter einem General als Präsidenten wie Dwight D. Eisenhower, aber auch unter seinen Vorgängern und Nachfolgern stellten die Präsidenten als Oberkommandierende in entscheidenden Situationen durchgängig den Vorrang politischer Perspektiven sicher.

Sehr überzeugend wird dazu der Vorrang gemeinsamer westeuropäischer Sicherheit vor einer immer wieder andiskutierten Lösung der Deutschen Frage

über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland herausgearbeitet. Um sich nicht dem Verdacht der deutschlandpolitischen Nachlässigkeit auszusetzen, beließ man es in Washington bis zur Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Sicherheitssystem letztlich beim Spielen mit der öffentlichen Meinung, wie das Beispiel der Berliner Außenministerkonferenz von 1954 plastisch aufzeigt. Erst nach dem Bonner NATO-Beitritt glaubte man seitens der Westmächte aus einer Position der Stärke heraus mehr an Substanz in den Genfer Gipfel von 1955 legen zu sollen. Schnell wurde allerdings erkennbar, dass auch für die Sowjetunion der deutschlandpolitische Status quo auf lange Zeit die berechenbarere Variante darstellte. Die vorzüglichen Zitate aus US-Quellen machen indes noch etwas anderes überdeutlich: die durchgängigen Vertrauensdefizite gegenüber den »unruhigen Deutschen« in den amerikanischen Eliten. Nirgends tritt dies so scharf gezeichnet zutage wie in der deutlichen Klimaverschlechterung zwischen Washington und Bonn in der Ära Kennedy insbesondere gegenüber gaullistischen Neigungen in den Unionsparteien. Und obwohl die amerikanische Politik der deutschlandpolitischen Entspannung in der sozialliberalen Bonner Ostpolitik grundsätzlich zustimmte, blieben auch bei dem Gespann Nixon/Kissinger Vorbehalte gegen das zunehmend selbstsichere Auftreten der sozialliberalen Koalition auf internationaler Bühne unüberhörbar. Speziell der als »undurchsichtig« eingeschätzte Kanzlerberater Egon Bahr zog deren geballtes Misstrauen über seine letzten Ziele auf sich. Die Hintergrundgespräche von Präsident und Sicherheitsberater gehören zu den aussagekräftigsten Quellen, wobei die Zusammenhänge von Europa- und Ostpolitik sowie die Belastungen aus dem Vietnamkrieg von höchstem Aufklärungswert sind.

Zur schweren Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen wuchsen sich die Bonner Vorbehalte gegen die massiven Rüstungslieferungen an Israel auch noch nach dem Waffenstillstand im Yom-Kippur-Krieg 1973 aus US-Depots in der Bundesrepublik aus. Schließlich konterkarierten sie nicht nur die Suche der Bundesregierung nach ausgewogenen Beziehungen in die arabische Welt; sie schädigten auch zeitweilig die deutschen Energiezufuhren nachdrücklich. Sicherheitspolitisch zum dauernden Konfliktstoff wurden dann die nur schwer berechenbaren Schwankungen in der Politik von US-Präsident Jimmy Carter. Dass die Herstellung der Neutronenbombe ohne den von Bonn erhofften Versuch eines Auslotens in Rüstungskontrollverhandlungen einseitig zu den Akten gelegt wurde, war nur ein Höhepunkt in den Spannungen zwischen den USA und ihrem deutschen Partner. Das zähe Tauziehen um eine westliche Nachrüstung gegen das sowjetische Übergewicht bei eurostrategischen Raketen vom Typ SS-20 konnte zwar im NATO-Doppelbeschluss aufgelöst werden, belastete die Regierung Helmut Schmidt aber innenpolitisch nachhaltig. Da nimmt es nicht wunder, dass der Bundeskanzler geradezu mit Erleichterung auf die größere Kalkulier-

barkeit von Präsident Ronald Reagan reagierte. Aber auch der Autor zeichnet ein gegenüber der bisherigen Literatur überraschend differenziertes Urteil über diesen US-Präsidenten, den man bisher doch als Inkarnation des Kalten Kriegers wahrzunehmen gewohnt war. Überhaupt hält das Buch bis in die Jetztzeit ein durchgängig von Sympathie getragenes Amerikabild bereit, das geeignet erscheint, die notorischen Differenzen zwischen Washington und Bonn doch mit größerer Gelassenheit wahrzunehmen. Die tiefen Einblicke in Primärquellen sind dabei sicher der wesentlichste Vorteil. Daneben überzeugen vor allem zwei Zugriffe: die konsequente Herausstellung von Interessenkonflikten und der nur langsame Gewöhnungsprozess Washingtons an die immer deutlicher hervortretenden Eigeninteressen des Bonner Partners.